

**KARL-HEINZ GRASSER**

GZ. BMF-310205/0112-I/4/2006

Bundesminister für Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8  
A-1015 Wien  
Tel. +43/1/514 33/1100 DW  
Fax +43/1/512 62 00Frau Präsidentin  
des Nationalrates  
Mag. Barbara PrammerXXIII. GP.-NR  
75 IABParlament  
1017 Wien

12 Jan. 2007

zu 197 J

Wien, 11. Januar 2007

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 197/J vom 15. Dezember 2006 der Abgeordneten Franz Riepl, Kolleginnen und Kollegen, betreffend scheinselfständige Arbeitskräfte aus neuen EU-Mitgliedstaaten, beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Einleitend möchte ich darauf hinweisen, dass das Bundesministerium für Finanzen bereits eine Reihe von konkreten Maßnahmen ergriffen hat, um den Betrug am Bau sowie das Schwarzunternehmertum energisch zu bekämpfen. Die strategische Neuausrichtung und Reorganisation der Betrugsbekämpfung sowie die höchst effiziente Durchführung von Aktionstagen mögen hier als Beispiele genannt werden.

Zu 1.:

Eine derartige Praxis einer ungeprüften Ausstellung von Gewerbeberechtigungen ist dem Bundesministerium für Finanzen nicht bekannt. Seitens

meines Ressorts möchte ich im Gegenteil auf die ausgezeichnete Kooperation zwischen den zuständigen Abteilungen des Bundesministeriums für Finanzen und des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft hinweisen. Dies betrifft selbstverständlich auch den Bereich der Erteilung von Gewerbeberechtigungen für Bürger der neuen Mitgliedstaaten. Im Übrigen verweise ich diesbezüglich auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage 198/J vom 15. Dezember 2006 durch den Herrn Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit zu Frage 2.

### Zu 2.:

Scheinselbständigkeit ist ein Sachverhalt, der im Regelfall erst im Zuge einer Kontrolle festgestellt werden kann. Die Prüfungstätigkeit der KIAB konzentriert sich auf Branchen mit hohem Risiko, unter anderem aufgrund von konkreten Hinweisen. Angebote wie das der Anfrage Beiliegende sind der KIAB bekannt und werden als Grundlagen für Überprüfungen herangezogen. Im Kalenderjahr 2006 wurden insgesamt 21.983 Betriebe durch die KIAB überprüft.

### Zu 3.:

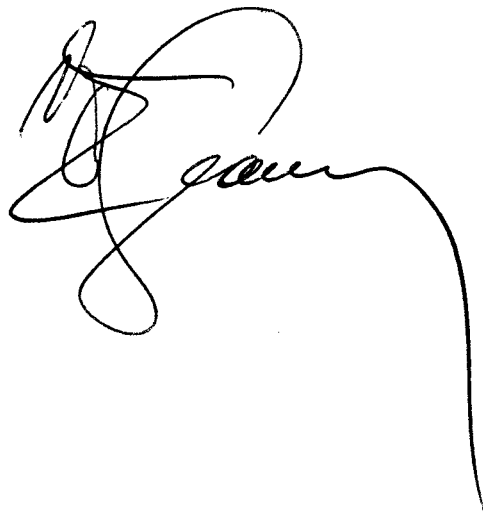
Die Strafanträge gegen Scheinselbständige werden statistisch nicht gesondert ausgewiesen, sondern als Übertretung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes wegen fehlender Beschäftigungsbewilligungen für eine nichtselbständige Tätigkeit erfasst. Im Kalenderjahr 2006 wurde in 5.275 Fällen ein Strafantrag wegen Übertretung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes gestellt. Davon entfallen 3.914 Strafanträge auf fehlende arbeitsmarktrechtliche Bewilligungen, was auch die Beschäftigung von Scheinselbständigen beinhaltet. Für den Bereich Bauwesen wurden insgesamt 1.259 Strafanträge gestellt, davon entfallen auf fehlende arbeitsmarktrechtliche Bewilligungen 900 Fälle.

Zu 4.:

Zu den Konzepten des Bundesministeriums für Finanzen zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit möchte ich auf die diesbezügliche ausführliche Stellungnahme in der Anfragebeantwortung 4448/AB XXII. GP (Anfrage Nr. 4463/J vom 29. Juni 2006) verweisen, die als Anlage beigelegt ist. Legislative Maßnahmen wie das Betrugsbekämpfungsgesetz 2006 und die Neuorganisation der Betrugsbekämpfungseinheiten bieten der Finanzverwaltung Rahmenbedingungen für eine noch effizientere Vollziehung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes in Zusammenwirken mit der Bekämpfung von Abgaben- und Sozialversicherungsbetrug. Im Rahmen der Initiativen auf europäischer Ebene plant das Bundesministerium für Finanzen darüber hinaus verstärkt Maßnahmen zur grenzüberschreitenden Bekämpfung von Scheinselbständigkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke extending to the right.

**KARL-HEINZ GRASSER**

Bundesminister für Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8

A-1015 Wien

Tel. +43/1/514 33/1100 DW

Fax +43/1/512 82 00

GZ BMF-310205/0069-I/4/2006

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

Dr. Andreas Khol

Parlament  
1017 Wien

XXII. GP-NR

4448/AB

2006-08-29

zu 4463 M

Wien, 29. August 2006

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 4463/J vom 29. Juni 2006 der Abgeordneten Mag. Johann Maier, Kolleginnen und Kollegen, betreffend "Steuerschulden von Unternehmern in Österreich (30.06.2006)", beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Diese Anfrage ist eine zeitliche Fortschreibung der Anfrage Nr. 3218/J vom 6. Juli 2005 sowie vergleichbarer Anfragen aus Vorjahren weshalb ich, wie auch von den AnfragerInnen gewünscht, die bereits bei diesen Beantwortungen eingeschlagene Systematik fortsetze.

Wie bisher möchte ich die Entwicklung des Aufkommens der wesentlichsten Abgabenarten und der damit verbundenen Rückstände in einer gesamtheitlichen Sicht darstellen. In Fortsetzung zur Entwicklung des Vorjahres verringerte sich der "bearbeitbare" Rückstand (= ausgefertigte Rückstandsausweise aus Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Lohnsteuer) zum 30. Juni 2006 gegenüber dem Vergleichsstichtag 31. Dezember 2005 um rund 29 Mio. € (von 1,52 Mrd. € zum 31. Dezember 2005 auf 1,49 Mrd. € zum 30. Juni 2006).

Diese kontinuierlich positive Entwicklung bestätigt den Erfolg der Maßnahmen im Sinne der Hebung der Taxcompliance bei BürgerInnen und Unternehmen. Die strategische Neuausrichtung und Reorganisation der Betrugsbekämpfung sowie die höchst effiziente Durchführung von Aktionstagen dürfen hier als Beispiele genannt werden.

Zu 1., 4., 7. und 10.:

Die Entwicklung der Abgabenarten und Rückstände zum 30. Juni 2006 stellt sich wie folgt dar:

	Rückstände	Zahlungstermin noch nicht abgelaufen oder noch nicht überwacht	Hemmung	RA ausgefertigt
<b>Bundes- länder</b>	ohne AEH ohne AEB ohne Insolvenz	ohne Mahnung ohne ZE-Ansuchen ohne ZE-Bewilligung ohne AE-Antrag ohne RA ohne Insolvenz	mit Mahnung mit ZE-Ansuchen mit ZE-Bewilligung mit AE-Antrag ohne Insolvenz	ohne ZE-Ansuchen ohne ZE-Bewilligung ohne AE-Antrag ohne Insolvenz
	<b>Beträge in Euro zum 30. Juni 2006</b>			
	<b>Umsatzsteuer</b>			
<b>WNB</b>	728.492.787,97	96.348.482,55	85.493.938,65	546.650.366,77
<b>OOE</b>	104.079.889,92	26.505.558,55	7.818.493,54	69.755.837,83
<b>KTN</b>	44.733.707,60	8.105.950,20	3.784.521,31	32.843.236,09
<b>STMK</b>	155.905.224,00	26.518.768,65	18.203.235,18	111.183.220,17
<b>TIR</b>	74.916.510,10	14.140.269,77	6.228.068,59	54.548.171,74
<b>SBG</b>	73.386.828,96	18.465.528,81	5.042.477,80	49.878.822,35
<b>VBG</b>	72.014.715,30	4.999.220,52	2.642.187,75	13.644.854,06
<b>Summe</b>	1.253.529.663,85	195.083.779,05	129.212.922,82	878.504.509,01
	<b>Einkommensteuer</b>			
<b>WNB</b>	366.649.933,41	64.370.715,03	82.719.065,78	219.560.152,60
<b>OOE</b>	70.174.051,54	18.567.950,04	14.366.392,34	37.239.709,16
<b>KTN</b>	33.097.185,75	8.000.153,61	8.199.113,88	16.897.918,26
<b>STMK</b>	79.301.791,15	13.792.459,43	15.284.584,76	50.224.746,96
<b>TIR</b>	61.663.409,23	16.407.160,17	15.948.725,38	29.307.523,68
<b>SBG</b>	44.006.021,80	13.987.661,05	6.122.737,09	23.895.623,66
<b>VBG</b>	35.763.063,20	10.907.400,27	5.304.049,53	19.551.613,40
<b>Summe</b>	690.655.456,08	146.033.499,60	147.944.668,76	396.677.287,72

<b>Körperschaftsteuer</b>				
<b>WNB</b>	139.385.420,40	26.774.567,52	21.273.093,49	91.337.759,39
<b>OOE</b>	22.869.919,82	7.908.819,22	3.274.009,03	11.687.091,57
<b>KTN</b>	7.658.779,91	2.620.068,44	1.601.514,14	3.437.197,33
<b>STMK</b>	19.375.148,62	9.908.328,98	1.762.514,09	7.704.305,55
<b>TIR</b>	15.444.793,63	5.669.932,64	2.250.895,24	7.523.965,75
<b>SBG</b>	13.304.197,46	3.294.184,98	846.469,94	9.163.542,54
<b>VBG</b>	33.498.480,75	1.893.326,54	30.045.520,57	1.559.633,64
<b>Summe</b>	251.536.740,59	58.069.228,32	61.054.016,50	132.413.495,77
<b>Lohnsteuer</b>				
<b>WNB</b>	80.183.767,80	22.022.885,54	3.872.389,29	54.288.492,97
<b>OOE</b>	11.121.753,70	2.658.920,08	1.065.708,69	7.397.124,93
<b>KTN</b>	5.371.955,60	1.176.815,01	558.372,98	3.636.767,61
<b>STMK</b>	13.242.924,39	2.706.745,94	1.501.975,13	9.034.203,00
<b>TIR</b>	10.498.887,14	3.808.343,57	859.176,92	5.831.366,65
<b>SBG</b>	5.057.125,89	1.579.974,07	233.124,12	3.244.027,70
<b>VBG</b>	2.403.019,04	635.845,46	184.395,71	1.582.777,87
<b>Summe</b>	127.879.433,56	34.589.529,67	8.275.142,84	85.014.760,73

Auf Grund von Rundungen ergeben sich bei den Summen z.T. rechnerische Abweichungen.

### Zu 2., 5., 8. und 11.:

Die bis 30. Juni 2006 eingenommenen Beträge an Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Lohnsteuer sind nachfolgender Tabelle zu entnehmen.

<b>Einnahmen 1.1. - 30.06.2006 lt. Kap. 52</b>	
<b>Umsatzsteuer</b>	9.708.037.254
<b>Einkommensteuer</b>	782.540.914
<b>Körperschaftsteuer</b>	1.423.319.372
<b>Lohnsteuer</b>	9.133.328.603
<b>Summe</b>	21.047.226.143

Wie in den Halbjahresanfragen immer wieder erwähnt, wird kein gesonderter Halbjahresbundesvoranschlag erstellt. Für die Beurteilung der Entwicklung wurden die Monatsvoranschläge aufsummiert und den erzielten Steuereinnahmen gegenüber gestellt.

Die Einnahmen an Umsatzsteuer bis Juni 2006 liegen praktisch gleichauf mit der Summe der ersten sechs Monatsvoranschläge. Die Einkommensteuer entwickelte sich im ersten Halbjahr 2006 schwächer als erwartet (etwa

100 Mio. € unter den Monatsvoranschlägen), was zum Teil auf die Ausweitung und Beschleunigung der Arbeitnehmerveranlagung gegenüber den Vorjahren zurück zu führen ist. Die Körperschaftsteuereinnahmen lagen bisher über den Erwartungen (bis Juni 2006: ca. 70 Mio. € über den Monatsvoranschlägen). Die Lohnsteuer brachte gegenüber den Monatsvoranschlägen (Jänner bis Juni 2006) Mehreinnahmen von annähernd 90 Mio. €.

In Summe liegen die öffentlichen Abgaben des Bundes von 1.1.2006 bis 30.6.2006 um 0,913 Mrd. € (4,1%) über dem Vorjahreswert.

1.1.2006 bis 30.6.2006:	23,262 Mrd. € Einnahmen
1.1.2005 bis 30.6.2005:	22,349 Mrd. € Einnahmen

### Zu 3., 6., 9. und 12.:

Die Rückstände an Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Lohnsteuer mit Rückstandsausweis zum Stichtag 30. Juni 2006 für die Jahre 2000, 2001, 2002, 2003, 2004 und 2005 betragen:

Rückstände an Umsatzsteuer per 30. Juni 2006						
Bundesland	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Wien	55.676.639	67.824.544	73.905.566	66.415.484	60.408.599	59.076.869
Niederösterreich	7.241.182	6.832.226	8.619.207	12.137.813	14.665.117	19.562.054
Burgenland	1.353.870	2.540.823	2.602.830	3.500.096	3.320.904	3.811.425
Oberösterreich	3.873.943	6.867.018	7.893.370	10.166.158	12.572.714	15.327.512
Kärnten	2.595.663	3.623.320	4.780.072	6.349.552	6.501.858	7.787.819
Steiermark	9.762.100	11.287.082	12.626.294	12.979.443	14.276.053	20.396.408
Tirol	4.731.996	4.888.293	8.030.224	8.709.068	11.880.468	11.568.268
Salzburg	3.072.329	5.212.935	8.048.736	6.638.718	7.031.100	8.548.544
Vorarlberg	1.007.425	1.285.386	3.151.830	2.469.537	4.254.847	3.938.671
Summe	89.315.147	110.361.627	129.658.129	129.365.869	134.911.660	150.017.570

Rückstände an Einkommensteuer per 30. Juni 2006						
Bundesland	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Wien	13.396.885	16.801.523	21.424.778	22.539.463	20.439.970	19.989.647
Niederösterreich	3.395.377	4.935.662	5.310.268	7.051.857	6.922.444	6.443.576
Burgenland	442.896	652.368	670.906	1.417.699	1.098.596	908.688
Oberösterreich	2.652.420	3.432.918	4.756.493	5.731.227	6.120.865	4.590.147
Kärnten	1.224.887	1.829.443	2.015.002	2.878.494	3.011.212	2.630.058
Steiermark	3.424.887	4.482.160	5.246.737	6.643.183	6.313.159	6.613.701
Tirol	3.319.237	2.894.624	3.746.952	6.280.183	4.858.775	3.569.904
Salzburg	1.543.527	2.022.195	2.585.004	3.555.048	3.099.107	2.342.897
Vorarlberg	1.223.843	1.720.412	2.399.594	3.665.128	3.560.653	2.990.589
Summe	30.623.959	38.771.305	48.155.734	59.762.282	55.424.781	50.079.207

<b>Rückstände an Körperschaftsteuer per 30. Juni 2006</b>						
<b>Bundesland</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
<b>Wien</b>	7.916.000	6.529.033	7.184.279	7.039.248	9.933.108	6.483.619
<b>Niederösterreich</b>	510.094	514.634	610.508	752.966	868.944	1.140.754
<b>Burgenland</b>	59.242	160.691	151.771	175.306	196.224	318.612
<b>Oberösterreich</b>	307.512	7.267.189	482.358	509.935	862.342	702.815
<b>Kärnten</b>	168.039	430.101	393.130	398.173	452.603	786.200
<b>Steiermark</b>	486.877	732.546	912.762	899.992	951.852	1.206.797
<b>Tirol</b>	1.457.945	466.017	2.043.844	560.840	692.742	641.636
<b>Salsburg</b>	1.845.548	1.088.733	444.793	387.516	537.893	637.613
<b>Vorarlberg</b>	369.206	186.790	32.453	94.027	200.832	166.579
<b>Summe</b>	13.120.463	17.375.734	12.255.898	10.818.003	14.696.540	12.084.625

<b>Rückstände an Lohnsteuer per 30. Juni 2006</b>						
<b>Bundesland</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
<b>Wien</b>	5.692.877	6.328.734	7.191.210	8.478.665	10.604.784	9.262.635
<b>Niederösterreich</b>	895.870	740.957	990.137	1.047.549	1.082.192	2.162.313
<b>Burgenland</b>	56.331	106.402	137.427	160.183	154.996	453.962
<b>Oberösterreich</b>	549.810	755.922	735.770	1.415.950	1.898.441	2.195.791
<b>Kärnten</b>	198.512	360.252	489.756	921.807	741.808	1.120.268
<b>Steiermark</b>	777.901	974.538	1.212.590	1.300.726	1.429.868	2.030.574
<b>Tirol</b>	873.550	3.210.072	1.942.098	900.807	1.187.299	1.091.609
<b>Salsburg</b>	1.705.104	1.098.211	583.593	727.466	636.277	597.929
<b>Vorarlberg</b>	61.167	145.086	320.556	2.286.314	1.052.543	578.493
<b>BMF</b>	10.811.122	13.720.174	13.603.137	17.239.467	18.788.208	19.493.574

### Zu 13.:

In den folgenden Tabellen werden die Ergebnisse nach Außenprüfung (ABP) - das sind jene Prüfungen, die von PrüferInnen der Betriebsveranlagungsteams in den Finanzämtern durchgeführt werden - und Großbetriebsprüfung (GBP) getrennt dargestellt. Im Mehrergebnis sind die Ergebnisse an Umsatzsteuer und Vorauszahlungen enthalten, nicht jedoch die (aufgrund einer Änderung im Bereich der Erfassung nicht in der geforderten Form auswertbaren) Ergebnisse aufgrund von Änderungen der Bemessungsgrundlagen.

Unter Einbeziehung der Nachforderungen aufgrund von Änderungen der Bemessungsgrundlagen und von sonstigen Kontrollmaßnahmen, wie GPLA (gemeinsame Prüfung lohnabhängiger Abgaben), Nachschau, Erhebungen, Gebührenprüfung etc. erzielten die Außenprüfung der Finanzämter und Großbetriebsprüfungen bis 30. Juni 2006 ein Ergebnis von 1,21 Mrd. €.



ABP 1-6/2006	Fälle	Anzahl Betriebe			Mehrergebnis
	Summe	Klein	Mittel	Groß	€
Wien,NÖ,Bgld	2.780	1.753	896	131	117.450.099
Oberösterreich	1.168	650	460	58	24.574.352
Kärnten	535	329	168	38	13.952.619
Steiermark	995	653	301	41	20.819.030
Tirol	764	493	234	37	19.914.688
Salzburg	652	429	193	30	12.637.321
Vorarlberg	289	209	66	14	6.819.967
Summe	7.183	4.516	2318	349	216.168.076

GBP 1-6/2006	Fälle	Anzahl Betriebe			Mehrergebnis
	Summe	Klein	Mittel	Groß	€
Wien,NÖ,Bgld	630	50	45	535	108.247.697
Oberösterreich	570	197	69	304	40.880.324
Kärnten	73	17	6	50	38.230.114
Steiermark	216	37	32	147	36.675.833
Tirol	160	28	21	111	18.594.532
Salzburg	352	88	50	214	48.945.628
Vorarlberg	127	42	11	74	13.873.623
Summe	2128	459	234	1435	305.447.751

#### Zu 14. und 15.:

Wie bereits in den vorhergehenden Anfragebeantwortungen ausgeführt, hängt das Ausmaß der Steuererträge, die dem Bund durch Insolvenzen verloren gehen, vom Ausgang der gerichtlichen Verfahren ab. Da derzeit in meinem Ressort diesbezüglich keine automationsunterstützte Datenbank geführt wird, wäre eine Auswertung zur Fragebeantwortung mit einem unverhältnismäßig hohen Zeit- und Personalaufwand verbunden. Ich ersuche daher um Verständnis dafür, dass ich dazu keine Angaben machen kann.

Die im ersten Halbjahr 2006 in Insolvenzverfahren angemeldeten Beträge stellen sich wie folgt dar:

ehem. FLD	1-6 2006	
	Anzahl	Betrag
WNB	1.640	120.316.104
OO	633	28.945.196
K	322	12.938.867
Stmk	378	19.785.482
T	300	20.022.289
S	213	16.082.346
V	221	9.082.851
Summe	3.706	227.182.935

**Zu 16.:**

Diesbezüglich darf ich auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2799/J vom 30. März 2005 hinweisen. Damals habe ich zu Frage 43. Folgendes ausgeführt:

*"Zur Frage der Einsparung von Planstellen verweise ich auf die Beantwortung der gleichlautenden Anfrage Nr. 2795/J vom 30. März 2005 durch den Herrn Bundeskanzler. Darüber hinaus verweise ich darauf, dass die Einsparungen von Planstellen im Bereich des Bundesministeriums für Finanzen auch den jeweiligen Stellenplänen entnommen werden können, die im Rahmen der parlamentarischen Beratungen des Bundesfinanzgesetzes vom Nationalrat beschlossen werden.*

**Gegenüberstellung der Stellenpläne 2002 bis 2006  
(Stand für die Jahre 2002 bis 2004 jeweils zum 31.12.)**

	<b>Teil IIA und Teil VI</b>						
<b>Ressort</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>Differenz</b>	<b>in %</b>
<b>Finanzen</b>	15.588	14.893	13.531	13.190	12.962	-2.626	-16,85

*Bereits in der Anfrage Nr. 1167/J vom 3. Dezember 2003 habe ich hierzu im Vergleich mit den Stellenplänen meines sozialdemokratischen Vorgängers im Jahr 1998/1999 festgestellt, dass im Zeitraum 2002/2003 eine rund 50% höhere Einsparung erreicht werden konnte. Betrachtet man die Stellenplanentwicklung bis hin zum Jahr 2006, so sieht man, dass diese Einsparungsergebnisse fortgesetzt werden. Gleichzeitig ist zu bemerken, dass die österreichische Finanzverwaltung ihre Dienstleistung dessen ungeachtet weiterhin auf einem sehr hohen Niveau erbringt. Die erzielten Einsparungen gingen also nicht zu Lasten der serviceorientierten und professionellen Arbeitsweise im Ressort. Vielmehr wird der Weg zur modernsten Finanzverwaltung konsequent fortgesetzt, wobei im Rahmen der beschriebenen Reform erste Erfolge einer qualitativen Verbesserung der Serviceorientierung verbucht werden können."*

**Zu 17.:**

Der Personalstand an (Betriebs-)PrüferInnen im Bereich der Finanzämter und Großbetriebsprüfungen kann der folgenden Tabelle entnommen werden:

<b>Betriebsprüfer</b>	<b>30.06.2006</b>
<b>Region Wien</b>	<b>678</b>
<b>Region Ost</b>	<b>287</b>
<b>Region Mitte</b>	<b>508</b>
<b>Region Süd</b>	<b>405</b>
<b>Region West</b>	<b>334</b>
<b>Summe</b>	<b>2.212</b>

Daraus ist klar ersichtlich, dass der Weg der Personalaufstockung in diesem wichtigen Bereich konsequent weiter beschritten wurde. Die erfolgreiche Umsetzung dieser Strategie gewährleistet die Wahrung der Steuergerechtigkeit und damit die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen sowie den Schutz der finanziellen Interessen der Republik Österreich. Mein Ressort wird diesem Bereich daher weiterhin höchste Aufmerksamkeit widmen.

Ergänzend weise ich darauf hin, dass im Bundesministerium für Finanzen per 1. Jänner 2006 das Personalinformationssystem PIS durch das System PM-SAP abgelöst wurde. Bedienstete, die über einen längeren Zeitraum nicht in ihrer Funktion tätig sind (z.B. Bedienstete in Ausbildung, längerfristig Erkrankte etc.) wurden im PIS nicht ihrer Funktion zugeordnet. Im System PM-SAP bleibt in diesen Fällen die Zuordnung zu den jeweiligen Funktionen (z.B. Betriebsprüfer, Großbetriebsprüfer) aufrecht.

**Zu 18.:**

Diesbezüglich darf ich auf meine Beantwortung zu Frage 26. der parlamentarischen Anfrage Nr. 4021/J vom 1. März 2006 verweisen.

**Zu 19.:**

Im Zeitraum 1. Jänner 2006 bis 30. Juni 2006 wurden von der SEG 598 Fälle der Branchen Bau- und Baunebengewerbe, Transport, Reinigung, Personalüberlassung, Gastgewerbe und Handel mit Buntmetallen überprüft. Bei 160 Unternehmen konnten folgende steuerliche Ergebnisse erzielt werden:

36 USO-Prüfungen mit einem Mehrergebnis von	451.672 €
1 Betriebsprüfung mit einem Mehrergebnis von	17.292 €
70 Festsetzungen an Lohnsteuer in Höhe von	1.851.051 €
49 Sicherstellungsaufträge in Höhe von	1.293.391 €
400 Forderungspfändungen in Höhe von	5.860.754 €

**Zu 20.:**

Grundsätzlich werden bei Aufdecken von Malversationen die der Finanzverwaltung zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergriffen. Das sind insbesondere Betriebsprüfungen, Umsatzsteuer Sonderprüfungen und die Prüfung lohnabhängiger Abgaben. Zur Sicherung des Abgabensanspruches kommt es zu Sicherstellungsaufträgen, Forderungs- und Sachpfändungen.

Aus den Ergebnissen der Kontrollen der KIAB erfolgten Strafanträge nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz, Anzeigen nach dem Sozialbetrugsgesetz sowie Mitteilungen an die weiteren betroffenen Behörden wie Finanzämter und Sozialversicherungsträger.

Im Konkreten umfasst die Tätigkeit der SEG:

- Prävention durch permanente, möglichst zeitnahe und zielgerichtete Kontrolltätigkeit im Bereich der Hochrisikobranchen,
- Maßnahmen zur Sicherung, Festsetzung und Einbringung der Abgaben,
- Ermittlungen im Bereich des Abgaben- und Sozialbetrugs,
- Prüfungsmaßnahmen, die von den PrüferInnen der SEG zeitnah durchgeführt oder im zuständigen Finanzamt angeregt und bei Bedarf durch weiterführende Erhebungen seitens der SEG unterstützt werden,
- Zusammenarbeit mit allen Finanzdienststellen, Krankenkassen, Sicherheitsbehörden, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, BUAK, IAF,

Gewerbebehörde usw. zur Bekämpfung und Verhinderung von Abgaben- und Sozialbetrug,

- Aufdeckung von "Scheinfirmen" und "Betrugsfirmen" durch möglichst zeitnahes Erkennen in den Anfängen der Geschäftstätigkeit.

#### Zu 21.:

Am 23. Mai 2006 wurde vom Nationalrat das Betrugsbekämpfungsgesetz mit den Kernpunkten

- Neuregelungen bei der elektronischen Buchführung in Richtung erweiterter Aufzeichnungspflichten,
- Aufbewahrungspflichten im Rahmen des Normverbrauchsabgabegesetzes und
- Änderungen im Finanzstrafgesetz, Zollrechts-Durchführungsgesetz und Ausländerbeschäftigungsgesetz zur legislatischen Umsetzung der bevorstehenden Organisationsreformen im Bereich der Betrugsbekämpfung

beschlossen.

Zudem wurden im Jahr 2006 ergänzende Organisationsentwicklungsprojekte im Bereich der nachgeordneten Dienststellen gestartet.

Das Projekt Zoll Neu setzt auf die Ergebnisse der durchgeführten Evaluierung der Zollreform auf. Durch eine Verdichtung der Zollämter wird eine weitere Steigerung der Effektivität und Effizienz der Zollverwaltung angestrebt. Des Weiteren werden die Zollfahndungen verstärkt und die Anzahl der Bediensteten, die mobile Kontrollen durchführen, signifikant erhöht.

Im Zuge des Projektes KIAB wird die bisher in 13 Zollämtern angesiedelte Kontrolle illegaler Arbeitnehmerbeschäftigung (KIAB) auf die Finanzämter übertragen. Mit dieser Maßnahme geht eine weitere personelle Aufstockung des Kontrollpersonals einher. Die Anbindung der KIAB an die Finanzämter beseitigt Schnittstellen zur Lohnabgabenprüfung und wird eine noch bessere Bekämpfung der Schwarzarbeit ermöglichen. Die KIAB, nunmehr ein Teil der Finanzbehörde, kann mit erweiterten Kompetenzen neben der Feststellung illegaler Beschäftigung und entsprechenden Strafanzeigen auch weitere

Maßnahmen im Sinne der Bekämpfung des Abgabebetrgs - wie beispielsweise die Festsetzung von Lohnabgaben und verschiedene Einbringungsmaßnahmen - durchführen sowie bei der Strafrechtspflege mitwirken. Betreffend die Entwicklung des Personalstandes der KIAB sowie deren Erfolgsbilanz darf ich auch auf meine Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen Nr. 4021/J vom 1. März 2006 (Pkt. 48. bis 50.) sowie Nr. 4111/J vom 30. März 2006 verweisen.

Im Projekt PAST Neu wird die bisher in ausgewählten Finanzämtern organisierte Prüfungsabteilung Strafsachen ("Steuerfahndung") nunmehr als eine bundesweite Organisationseinheit eingerichtet. Diese organisatorische Maßnahme ist ein weiterer Schritt zur effektiven und effizienten Bekämpfung des Abgabebetrgs, insbesondere des organisierten Abgabebetrgs und des Sozialbetrgs.

Weiters wurden im ersten Halbjahr 2006 neben regionalen Aktionstagen zur Betrugsbekämpfung mit großem Erfolg bundesweite Aktionstage im Baubereich und gegen den Zigarettenschmuggel durchgeführt. Auch im zweiten Halbjahr werden bundesweite und regionale Aktionstage in bestimmten Bereichen erfolgen.

Zu 22. und 23.:

Der Personalstand der Bediensteten der KIAB (Kontrolle illegaler Arbeitnehmerbeschäftigung) sowie deren Verteilung nach Regionen sind folgender Tabelle zu entnehmen:

<b>Personalstand KIAB zum 30. Juni 2006</b>	
<b>Region Wien</b>	<b>74</b>
<b>Region Ost</b>	<b>65</b>
<b>Region Mitte</b>	<b>62</b>
<b>Region Süd</b>	<b>59</b>
<b>Region West</b>	<b>36</b>
<b>Summe</b>	<b>296</b>

Ausgehend von 34 übernommenen MitarbeiterInnen erfolgte damit eine signifikante Personalaufstockung dieser erfolgreichen Einheit.

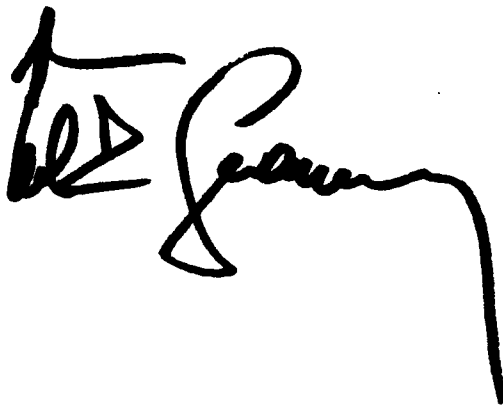
In diesem Zusammenhang darf ich nochmals darauf hinweisen, dass durch die Joboffensive der Bundesregierung für 2005/2006 eine Aufstockung der Betrugsbekämpfungseinheiten um insgesamt 200 Bedienstete vorgesehen wurde.

Zu 24.:

Der Betrugsbekämpfungsbericht 2005 wird noch im 3. Quartal 2006 gedruckt und zur Verteilung gebracht werden.

Inhalt des Berichtes werden wiederum die Aktivitäten der Finanzverwaltung auf dem Gebiet der Betrugsbekämpfung sein.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'L. J. ...' with a long, sweeping tail.